

# WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

## INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

[Schneider-Institute.de](http://www.Schneider-Institute.de) · Breul 16 · 48143 Münster

An

### *Internationales Recht und Diplomatie*

Generaldirektor der  
Schneider-Institute.de  
**RENÉ SCHNEIDER**  
**BREUL 16**  
**48143 MÜNSTER**  
Telefax (02 51) 3 99 71 62  
Telefon (02 51) 3 99 71 61  
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO  
USt-IdNr.: DE198574773

24. März 2024 – No. 28589

1999 | Fünfundzwanzig Jahre Institut für Völkerrecht | 2024

## Ein Vierteljahrhundert Völkerrecht — 1999 – 2024

An traditionsgeweihter Stätte, im Schatten des Batterieturmes auf dem Hof vor Schloß Burg mit der „Gedenkstätte des Deutschen Ostens – Mahnmal der Vertreibung in Europa“, versammelten sich heute die Direktoren des Institutes für Völkerrecht zu einer Feierstunde.



Wie schon bei der 15-Jahresfeier, die 2014 an der gleichen Stelle stattfand, sprach René Schneider, der Gründungs- und Generaldirektor der Schneider-Institute, über die Geschichte seiner Institute und über „Aktuelles Völkerrecht, damals und heute (1999 und 2024)“.

Foto: Google, Vorschaubild

Wörtlich sagte Direktor Schneider: „Mit der Beteiligung an dem NATO-Überfall auf die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien am 24. März 1999 hat die vormals friedliebende Bundesrepublik Deutschland ihre völkerrechtliche Unschuld verloren. Deutsche Politiker und deutsche Soldaten, welche 1999 genau wie ihre Amtsvorgänger in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts für die Bombardierung Belgrads und anderer Orte im Kriegsgebiet verantwortlich sind, müssen auch genau so wie ihre Vorgänger vor Gericht gestellt und bestraft werden. Für das Verbrechen des Angriffskrieges von 1999 und für die vielfachen Verbrechen des Mordes an unschuldigen Zivilisten ist keine Strafe hoch genug!“

Dann erinnerte René Schneider an die Verfahren No. 105 bis 114 vor dem Internationalen Gerichtshof – vgl. <https://www.icj-cij.org/case/108> (*Yugoslavia v. Germany*) – und kam auf die aktuellen Rechtssachen No. 192 und 193 wegen des Völkermordes in Gaza zu sprechen, vgl. <https://www.icj-cij.org/case/193> (*Nicaragua v. Germany*).

**Im Anschluß an den Vortrag von Direktor Schneider diskutierten die Direktoren die weiter fortschreitende Ost-Erweiterung der NATO, den damit verbundenen Wegfall wichtiger neutraler Länder wie Schweden und Finnland, und die völkerrechtswidrige Unterstützung des ukrainischen Diktators Zelensky durch die EU und die NATO.**

„Der Verlust neutraler Staaten ist für die Völkerrechtsgemeinschaft, die neutrale Staaten braucht, immer ein schwerer Verlust, aber wenn dieser Verlust einhergeht mit dem Anschluß an eine verbrecherische Organisation, die nach der Weltherrschaft oder Vorherrschaft strebt, dann ist das eine Bedrohung aller freien Länder, des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, und das ist völkerrechtswidrig im Sinne der Charta der Vereinten Nationen“, sagte Schneider.

„Der russische Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ost-Erweiterung der NATO und der russische Freiheitskampf gegen die ukrainischen Ansprüche auf die Halbinsel Krim und ur-russische Gebiete im Osten des künstlichen Staatsgebildes der Ukraine verdienen es, von Deutschland moralisch und politisch unterstützt zu werden“, fuhr Schneider fort.

„In der Europäischen Union und in der NATO ist Deutschland in schlechter Gesellschaft“, sagte Schneider, und wünsche sich den Austritt Deutschlands aus diesen Organisationen und die verbindliche Erklärung einer dauernden Neutralität der Bundesrepublik Deutschland.

Zuletzt erinnerte Direktor Schneider daran, daß es Deutschland immer gut ging, solange deutsche Staaten wie das Königreich Preußen unter *Fridericus Rex* oder das Deutsche Reich von 1871 unter Wilhelm I. und Friedrich III. mit Rußland freundschaftlich verbunden waren.

„Nach der idiotischen »Zeitenwende« des SPD-Kanzlers Olaf Scholz zu Gunsten der Ukraine brauchen wir eine »Be-sinnungswende«, eine »Ge-sinnungswende« zum Guten, ein Ende der unnatürlichen Freundschaft mit der Ukraine und einen neuen Anfang der alt-bewährten Freundschaft mit Rußland“, schloß Schneider die Versammlung der Direktoren.

